

## Pressemitteilung

Landshut, den 9. Juli 2026

**Jung: „Das Motto ‚Wer anschafft, muss bezahlen‘ ist keine leere Formel“**

**„Die bedrohliche Schieflage in den Haushalten schnürt die Gestaltungsspielräume in den Städten und Gemeinden massiv ein. Viele notwendige Investitionsprojekte können nicht umgesetzt werden. Das Funktionieren der Städte und Gemeinden lässt sich immer weniger sicherstellen. Die finanzielle Schieflage kann langfristig auch eine gesellschaftliche Schieflage nach sich ziehen“**, sagt der wiedergewählte erste stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Fürths Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung: Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist ein hohes Gut. Doch das kann nur gewährleistet werden, wenn auch die Infrastruktur der kommunalen Daseinsvorsorge passt. Die Liste an Herausforderungen von Klimaschutz, Klimaanpassung, Hitzeschutz, Hochwasserschutz, Wohnungsbau, Energieversorgung, Wärmenetze, Integration, Pflege von älteren Menschen ist lang.

Der Schutz der Kommunen vor finanzieller Überforderung ist mit dem Konnexitätsprinzip (Art. 83 Abs. 3 Bayerische Verfassung) in der Verfassung verankert. Jung: **„Im Lauf von zwei Jahrzehnten hat sich allerdings immer wieder gezeigt, dass Landtag und Staatsregierung das Konnexitätsprinzip nach dem Motto ‚wer anschafft, muss bezahlen‘ häufig umgehen, indem sie bewusst keine rechtlichen Pflichten definieren, aber faktische Anforderungen stellen oder freiwillige Leistungen in Aussicht stellen.“** So richten sich etwa beim Ganztagsanspruch für Kinder oder beim Klimaschutz die Erwartungen der Menschen an die Kommunen, die allerdings zu unzureichend Finanzmittel bekommen, um die Erwartungen in der Praxis auch erfüllen zu können. Den gesellschaftlichen, demografischen, klimatischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen können Kommunen nur gerecht werden, wenn Städte und Gemeinden leistungsfähig sind. Leider sind die Kommunen nicht vor finanzieller Überforderung geschützt. Um enorme Aufgaben zu schultern, benötigen Städte und Gemeinden eine angemessene Finanzausstattung.

**Jung: „Falls die kommunalen Einnahmen nicht mehr mit den von Bund und Ländern übertragenen Aufgaben Schritt halten, dann kann die kommunale Selbstverwaltung**

**nicht mehr funktionieren. Der Grundsatz des Konnexitätsprinzips ‚wer bestellt, muss bezahlen‘ darf nicht zur leeren Formel verkommen. Wenn der Bund höhere Standards für Soziales, Ganztagsbetreuung, Kinder- und Jugendhilfe beschließt, müssen auch die finanziellen Mittel gesichert sein. Wenn Bund und Freistaat den Kommunen Aufgaben übertragen, müssen sie dauerhaft finanziert sein. Wer bestellt, muss bezahlen: Wenn man das Konnexitätsprinzip als Kellnerprinzip versteht, dann ist die Bestellung einer Leistung ohne Bezahlung eine föderale Zechprellerei.“**

Bund und Länder haben bei der Ministerpräsidenten-Konferenz am 25. Juni 2026 das Problem erkannt und Besserung in Aussicht gestellt: **„Ab September soll die Veranlassungskonnextität zum Tragen kommen – allerdings nur für künftige Aufgaben. Für bestehende Aufgaben und Ausgaben hilft das leider nicht. Der Ansatz und die Absichten sind gut, aber es ist noch keine nachhaltige Lösung. Wir brauchen strukturelle Änderungen. Die Kommunen schultern 25 Prozent der staatlichen Ausgaben, sind aber nur zu 14 Prozent an den Steuereinnahmen beteiligt“**, sagt Jung. Die Dynamik bei den Ausgaben, gerade auch im Sozialen muss gebremst werden. Kommunen müssen von den ständig steigenden Sozialausgaben entlastet werden. Im Sozialbereich muss ein Hebel angesetzt werden, um die Kostenexplosionen in den Griff zu bekommen. Standards dürfen nicht weiter erhöht werden.

Jung: **„Die Fähigkeit zur Resilienz bei Krisensituationen wird weiter gefragt sein, wenn wir die Fülle außenpolitischer Krisenherde sehen. Es wächst die Herausforderung, den Zivilschutz gegen Angriffe von außen oder gegen Sabotage von innen zu stärken. Die Kommunen können solche Herausforderungen anpacken, aber es braucht klare Aufgabenbeschreibungen und eine Kommunikation auf Augenhöhe. Maßnahmen zur Verbesserung des Zivilschutzes kosten Geld und die Finanzierungsverantwortung liegt hier beim Bund.“**